



öffentlich

Betreff:
Bilanz zum Vergabegesetz

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 03.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Dezember 2012 einen Bericht zur Anwendung und zu den Wirkungen des brandenburgischen Vergabegesetzes in der Landeshauptstadt zu geben.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das brandenburgische Vergabegesetz ist seit Anfang des Jahres 2012 in Kraft. Es enthält unter anderem die Festlegungen eines Mindestlohns von 8,00 Euro. Der Oberbürgermeister sollte darüber berichten, wie dieses Gesetz in Potsdam umgesetzt wird.